

# Sp intern

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **24.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# SP **intern**

**Interner Informationsdienst für Sektionen, Kantonalparteien  
Mandatäre, Kader, Mitglieder und Sektionsinfo-Redaktionen  
Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz  
Postfach 4084, 3001 Bern, Tel. 031/24 11 15, Telex 33 864  
Redaktion: P. Graf, Presse- und Informationssekretär**

Bern, im Juli 1981 (Beilage zu "Rote Revue", Nr.7+8/81) Nr.17

## SP-Frauen auf kämpferischem Kurs

*In der ganzen Schweiz gibt es rund 1200 SP-Parteisektionen, aber nur 220 Frauengruppen, da nur ein Teil der SP-Frauen zusätzlich zu ihrer Sektion in Frauengruppen organisiert sind. Delegationsrecht an die Zentrale Frauenkonferenz - sie fand am 27./28. Juni in Biel statt - haben Sektionen und Frauengruppen. Das Handicap der Frauen, die nur in Parteisektionen arbeiten ist die leidige Tatsache, dass die für sie gedachten Informationen der Zentralen Frauenkommission allzuoft auf dem Schreibtisch des Präsidenten liegen bleibt und sie so gar nicht wissen können, was in der schweizerischen Frauenpolitik in der Luft liegt, wofür sie sich in der Sektion stark machen könnten. Das Handicap der Frauen vieler Frauengruppen ist die andere leidige Tatsache, nämlich, dass die Sektion, zu der sie gehören, von ihrer Arbeit kaum Notiz*

*nimmt, wenn sie sich nicht selbst energisch aufdrängen.*

*Was kann man tun, um einerseits die Vernachlässigung der frauenrelevanten Anliegen in der Gesamtpartei und andererseits der isolierten und damit politisch nicht sehr erfolgversprechenden Arbeit in den manchmal etwas mutlosen Frauengruppen entgegenzuwirken ?*

*Diese Frage wurde in Biel andisku-*



tiert, wo in Form von dicken Papier-Verbesserungsvorschläge verschiedener Art zur Behebung der ungenügenden Durchschlagskraft der Frauen in der Partei angeboten wurden. Die Zentrale Frauenkommission selbst möchte die Führungsgremien der Frauen auf eine Weise verstärken, dass in ihnen einerseits die Regionen und auch die Mandate tragenden Frauen und solche, die nur in der Gesamtpartei arbeiten sowohl als Genossinnen, die von ihren eigenen Organisationen geschickt werden, stärker vertreten sind. Zusätzlich möchte sie ein kleines effizientes Führungsgremium wie die Geschäftsleitung der Partei haben, das den Kontakt mit dem Parlament pflegt, Informationsmaterial erarbeitet und vor allem die Bildung Frauen vorantreibt.

## *Akkupunktur der Parteigenossen von innen her*

Die Frauen der Arbeitsgruppe "Strukturreform" sehen als ihr Ziel ebenfalls die Verstärkung des Einflusses der Frauen auf die Gesamtpartei. Sie glauben aber, auf die Dienstleistungen der gewählten Frauengremien verzichten zu können. Sie setzen auf einen 50/50 Frauenanteil (zur Zeit 20 von 100), möchten die Parteigremien von innen her für Frauenanliegen akkupunktieren und halten nichts von der Durchlauferhitzer-Funktion der Frauenorganisation. Ihr Motto heisst: Abschaffung der Frauen-Parallelstruktur.

Die am ordentlichen Kongress verbleibende Zeit reichte nicht aus, um diese komplett verschiedenen Veränderungsvorschläge gegeneinander abzuwägen oder evt. das beste

aus beiden in Erwägung zu ziehen. In Biel wurde beschlossen, keine voreiligen Beschlüsse zu fassen, sondern die Diskussion dieser heissen Fragen an einer Konsultativkonferenz noch diesen Herbst weiterzuführen und in die Sektionen und Frauengruppen zu tragen. Anlässlich eines nächsten Kongresses sollen definitive Schlüsse aus diesen breit angelegten Gesprächen gezogen werden.

Elfi Schöpf



**SP Parteivorstand**

## **Rüstungsinitiative- Parteitag- Arbeitsweise PV**

P.G. Das Verfahren bei der Lancierung der Rüstungsinitiative, der Ablauf der Programmdebatte am Parteitag 1981 in Interlaken und die Arbeitsweise des Parteivorstandes waren die Themen der Parteivorstandssitzung vom 20. Juni 1981. Der persönliche Berater von Bundesrat Willi Ritschard, Genosse Peter Hablützel, schilderte den Vorstandsdelegierten ferner die aktuelle Lage in der Auseinandersetzung um die Sanierung der Bundesfinanzen.

### Finanzpolitik

Dank einem rigorosen und einmütigen Einsatz der sozialdemokratischen Fraktion ist es in der vergangenen

Sommersession gelungen, das Rad bei unserem Vorschlag für eine Verrechnungssteuer auf Treuhandgeschäften der Banken in Gang zu bringen. Knapp, mit 101 zu 88 Stimmen, hat der Nationalrat beschlossen, auf die vom Bundesrat in unserem Sinne unterbreitete Vorlage für eine solche Besteuerung dieser Milliarden-geschäfte der Banken einzutreten. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission beantragte Nichteintreten. Die Sozialdemokraten hatten Abstimmung mit Namensaufruf verlangt. Inzwischen wissen wir von jedem Ratsmitglied, wie es in dieser Angelegenheit denkt. Damit ist eine kleine Chance eröffnet, dass für die Sanierung der Bundesfinanzen doch mehr getan werden kann, als man bisher annehmen musste, da der Ständerat bereits Nichteintreten auf die Vorlage beschlossen hatte.

Hablützel unterstrich, dass die Zinsendienste des Bundes immer ordentliche Mittel aus dem Bundeshaushalt wegfrisst. Schon deshalb sei es notwendig, die Bremse zu ziehen. Schuldendienst heisst immer Umverteilung von öffentlichen Mitteln zugunsten privater Geldgeber.

Der Referent wies auch darauf hin, dass es im Moment gelte, die Weiterführung der Bundesfinanzordnung über die Runden zu bringen, auch wenn daraus weniger zusätzliche Mittel für die Bundeskasse resultierten, als ursprünglich angenommen worden war.

Die Frage war auch zu klären im Blick auf eine allfällige begleitende Initiative zur Förderung des Volksbegehrens für ein Rüstungsreferendum. Nach dem jetzigen Stand der Dinge indessen darf auf diesem Gebiet nichts getan werden, damit der Kampf im Parlament erfolgreich fortgesetzt werden kann.

### Lancierung Rüstungsinitiative

Zahlreiche Meldungen aus Kantonalparteien, aber auch besorgte Mitteilungen anderer der Partei nahestehender Initiativkomitees über Schwierigkeiten beim Sammeln von Unterschriften, liessen die Geschäftsleitung zur Ueberzeugung gelangen, dem PV zu beantragen, zusätzlich zur Rüstungsreferendumsinitiative noch eine "Lokomotive" vorzuhängen, die solche Schwierigkeiten beseitigen würde. In vielen Fragen, die die Landesverteidigung berühren, ist die Partei nicht einig. Deshalb wäre diese Initiative kein Beitrag zur Konsensbildung. Würde hingegen eine "Lokomotive", etwa in Form einer Finanzbeschaffungs- oder einer anderen Initiative im Bereich Wohnbau, Umweltschutz, Sozialversicherung mit auf den Weg genommen, könnten diese Nachteile beseitigt werden.

Der Parteivorstand war indessen grossmehrheitlich zuversichtlich und für die sofortige Lancierung nach den Sommerferien. Die Geschäftsleitung beantragte indessen, dass sie sich von einzelnen Kantonalparteien die Zusicherung einholen wolle, welches Unterschriftenkontingent diese zu erfüllen bereit wären.

Ferner wurde ein Vorschlag aufgenommen, dass die Kantone mit einer zugkräftigen kantonalen Initiative diese der Rüstungsreferendumsinitiative angehängt werden solle.

Beides wurde gutgeheissen. Die Kantonalparteien erhalten noch vor den Sommerferien einen entsprechenden Brief und sollten bis im September klar sagen können, ob sie die vorgeschriebenen Kontingente erfüllen werden. Der Parteivorstand wird auf dieser Grundlage im September den definitiven Zeitpunkt der Lancierung

festlegen.

### Parteiprogramm

Eine längere Debatte entstand um die Prozedur der Programmdiskussion am Parteitag vom 17./18. Oktober 1981 in Interlaken. Es wurde folgendes Vorgehen beschlossen: Zunächst werden von der Geschäftsleitung eine Anzahl Thesen ausgearbeitet, die den Weg weisen sollen, in welcher Richtung es nach dem Parteitag weitergehen soll. An dieser Thesenerarbeitung sollen auch die PV-Mitglieder im schriftlichen Verfahren mitwirken. Eine weitere Grundlage dafür bilden die Vernehmlassungen der Kantonal- und Bezirksparteien sowie der Sektionen, die im Verlauf des Sommers ausgewertet werden. Zu Beginn des Parteitages werden in deutscher und französischer Sprache je ein Mitglied der Programm-Arbeitsgruppe bzw. ein Kritiker des Programms sprechen. Danach werden die von der Geschäftsleitung ausgearbeiteten Grundwertthesen vorgestellt. Auf dieser Einführungsgrundlage findet dann zunächst eine Plenardiskussion statt, danach eine Diskussion in rund 10 Gruppen. Am Sonntag soll versucht werden, in einer Debatte über das weitere Vorgehen zu einem einheitlichen Schluss zu kommen.

### Arbeitsweise PV

Verschiedene Parteivorstands- und GL-Mitglieder haben in Briefen ihr Bedürfnis geäußert, über die Arbeitsweise des Parteivorstandes vertieft nachzudenken und zu neuen Lösungen zu kommen. Der PV hat eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Christoph Berger eingesetzt, die unter anderem auch zu prüfen haben wird, ob Parteivorstandssitzungen, an denen Abstimmungsparolen gefasst werden, der Presse

und den Massenmedien zugänglich gemacht werden sollen.

Die Parteivorstandssitzung von Ende August fällt aus. Der PV trifft sich wieder an seiner Klausursitzung vom 12./13. September 81.



## **Kantonalparteien**

P.G. In den Kantonen Bern, Waadt und Zug waren die Sozialdemokraten erfolgreich. Die Mehrheit der Berner und Waadtländer Bevölkerung hiess Volksinitiativen gut, die die Mitsprache des Volkes bei Vernehmlassungen über den Bau von Atomkraftwerken verlangten. In Bern war das Resultat zwar knapp aber die Partei konnte sich - fast allein auf weiter Flur gegen einen finanzmächtigen Gegner, der mit drei verschiedenen Komitees und entsprechend viel beklebten Plakatwänden kämpfte - durchsetzen. In Zug gewannen die Sozialdemokraten eine Wohnbauinitiative, die die Behörden verpflichtet, preisgünstigen Wohnraum innerhalb einer bestimmten Zeit bereitzustellen, der der Spekulation entzogen ist.

Die SP Schweiz hat die beiden kantonalen Atomschutzinitiativen mit einem Communiqué unterstützt. Darin heisst es u.a.: "Da das Schweizer Volk 1979 mit überwältigendem Mehr den Bundesbeschluss zum Atomgesetz angenommen hat, wonach die Kantonsregierungen in die Vernehmlassung zu neuen Atomkraftwerken verstärkt einbezogen sind, stellen diese beiden kantonalen Initiativen eine logische und erwünschte Fortführung des Mitspracherechts der Bevölkerung dar".

P.G. 204 von 205 sozialdemokratischen Frauen haben an ihrem Kongress in Biel am 27./28. Juni 1981 Nationalrätin Yvette Jaggi zu ihrer neuen Präsidentin gewählt. Mit 98 zu 56 Stimmen sorgten die SP Frauen

---

## SP-Frauen tagten in Biel

---

in der weiteren Öffentlichkeit für eine Ueberraschung: sie beschlossen den sofortigen Austritt aus dem Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSF). Genossin Berenstein aus der antragstellenden Genfer Sektion begründete diesen Austritt so: "Wir sollen mit dieser nicht-feministischen Immobilität nichts mehr zu tun haben". Mit der Wahl von Yvette Jaggi wurde die bisherige Präsidentin Rita Gassmann nach siebenjähriger Amtszeit verabschiedet. Ihre Leistung lag insbesondere in der Förderung und im Einsatz für die Schulung der berufstätigen jungen Frauen, eine Aufgabe, die sie als Sekretärin der Gewerkschaft VHTL auch weiter erfüllen wird.

Ein Rundtischgespräch mit verschiedenen ausländischen Genossinnen kommentierte die AZ-Korrespondentin Dora Renfer so: "Ob Pierrette Birauds Votum aus dem benachbarten Frankreich, ob Eevaliisa Tuominens aus Finnland, Johanna Dohnals aus Oesterreich, Irmtraud Leisers, der Generalsekretärin der sozialistischen Frauen-Internationale in London, Lydia Schmits aus Luxemburg, Karin Hempel-Soos' aus der Bundesrepublik zur Stellung der Frauen in der sozialdemokratischen Partei -

alle glichen sich in einem: die sozialdemokratischen Frauen sind noch weit, weit entfernt von einer Gleichbehandlung und Gleichberechtigung in der Partei." Dabei könnten die Parteien vom vermehrten Engagement der Frauen profitieren: "Die Frauen haben die Möglichkeit, der Partei durch ihre Emanzipation neue Kräfte zu geben zur Veränderung der Gesellschaft, aber auch der Partei".

Die erwartete grosse Debatte über die künftige Struktur der Frauenorganisation fand nicht statt. Es wurde beschlossen, an einer Konsultativkonferenz im Herbst, die jedoch keine Beschlusskraft hat und auf der Grundlage der in Biel getroffenen Entscheide zu diskutieren hat, die Strukturdebatte nachzuholen.

Der neue Vorstand der SP Frauen setzt sich zusammen aus Erica Burkhalter, Basel; Eva Ecoffey, Villars-sur-Glâne; Ruth Gallmann, Lugano; Käthi Limacher, Luzern; Ursula Nordmann, Mézières; Ruth Ramstein, Gempen; Heidi Schwarz, Wettingen; Karin Stasius, Perly; Rosmarie Rupff, Chur; Veronika Heller, Schaffhausen; Agnes Guler, Zürich; Ruth Brand, Dürrenast und Margrith Blaser, St.Gallen.

In einer Resolution wehrten sich die Frauen gegen einen obligatorischen Militärdienst für Frauen. "Mit einer entsprechenden Verfassungsänderung", heisst es in der Resolution, "würde die Verfügbarkeit der Frauen für den Militärdienst zementiert. Das Nein der SP Frauen begründet sich sowohl aus ihrem Feminismus als auch aus ihren Friedensbestrebungen". Deshalb setzten sie sich auch ein für einen echten Zivildienst für Militärdienstverweigerer aus Gewissens-

gründen sowie die staatliche Unterstützung einer breitangelegten schweizerischen Friedensforschung. In einer weiteren Resolution verlangen die SP Frauen die Abschaffung des Militärpflichtersatzes für Behinderte. und in einer dritten fordern sie verschiedene Massnahmen zur Verankerung der Gleichstellung von Mann und Frau nach der Annahme der entsprechenden Initiative durch Volk und Stände.



## Die französischen Genossen haben die absolute Mehrheit

P.G. Die französischen Sozialisten haben die Wahlen gewonnen. Das Zentralsekretariat der SPS hat der französischen Partei nach dem absoluten Wahlsieg im Parlament folgendes Telegramm zugeschickt:

"Im Namen des Parteivorstandes der SP Schweiz beglückwünschen wir Euch zu Eurem historischen Sieg, der im zweiten Wahlgang für die Nationalversammlung eine beeindruckende Bestätigung erfahren hat.

Wir teilen Eure Freude und die Hoffnungen der Mehrheit des französischen Volkes. Wir wünschen Euch von ganzem Herzen, dass es Euch gelingt, die schwere Bürde zu tragen, die darin besteht, die Veränderung der französischen Gesellschaft zu vollbringen und Schritt für Schritt den Sozialismus in Eurem Lande zu verwirklichen".

Parteipräsident Hubacher hat kurz nach den Wahlen im Parteipresse-dienst u.a. geschrieben: "François Mitterrand hat mit seiner Partei



die Möglichkeiten des französischen Wahlsystems optimal ausgeschöpft. Vergleiche mit der Schweiz würden hinken. Nachdem aber bei uns in der gesamten Presse die angebliche Krise der SPS ein publizistischer Dauerbrenner ist, dürfte zumindest ein Vergleich mit der SP Frankreich aufschlussreich sein. Wenn es eine Partei mit Flügelkämpfen, mit harten Auseinandersetzungen, mit scheinbaren Krisenzeichen gibt, dann ist es die französische Partei. Auch hier hat sich die sogenannte Krise als kreative Unruhe erwiesen, als Plus der Partei, anstehende Probleme nicht totzuschweigen, sondern Antworten zu geben. Eine Partei ist eben keine 'Sekte zur ewigen Harmonie'."



## El-Salvador-Büro in Basel

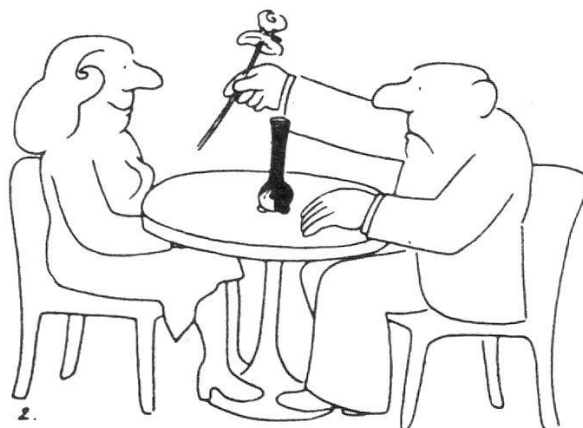
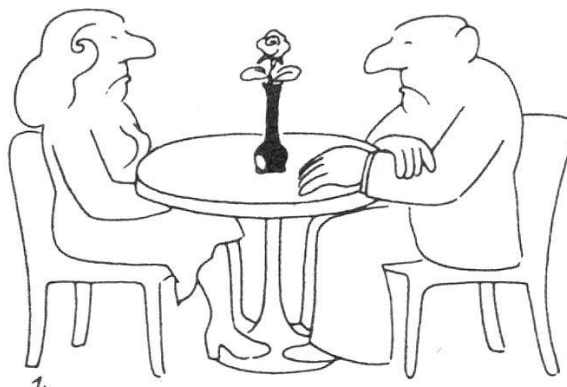
P.G. In Basel hat die Vertretung der Demokratischen Revolutionären Front und der Nationalen Befreiungsfront El Salvadors (FDR-FMLN) ein Büro eröffnet. Die FDR-FMLN kämpft für eine demokratische, revolutionäre Regierung. Sie will eine Landreform durchführen und die Armee

sowie die repressiven Sicherheitskräfte auflösen. Sie ist die einzige legitime Vertretung des salvadorianischen Volkes, während die Militärjunta nur dank riesiger Militärkredite Waffen und Militärberater aus den USA an der Macht gehalten werden kann.

Die FDR-FMLN strebt eine gemischte Wirtschaftsform an. Aussenpolitisch wird El Salvador unter einer solchen Regierung zu den blockfreien Staaten gehören.

Die FDR-FMLN wird von der Sozialistischen Internationale unterstützt. Am Parteitag 1980 in Genf hat auch die SP Schweiz diese Unterstützung ausdrücklich festgehalten und beschlossen.

Sektionen, die sich gerne besser über El Salvador informieren wollen, können bei der untenstehenden Adresse deutsch sprechende Referenten anfordern. Bei Selecta können die Filme "El Salvador - Revolution oder Tod" und "El Salvador - Das Volk wird siegen" bezogen werden (Tel. 01/201 55 80). Kontaktstelle für Referenten und Informationen ist: Sekretariat der FDR-FMLN, Sabine Braunschweig, Cosal, Postfach 2577, 4002 Basel, Tel. 061/ 57 08 61.



**SP** **Varia**

## Rüstungsausgaben - Unsinn

HJB. Eine halbe Million Wissenschaftler, das heisst die Hälfte aller Wissenschaftler, stellen ihre Erkenntnisse in den Dienst der Rüstungstechnik. Mehr als 200 Millionen Bürger werden direkt oder indirekt von einem Verteidigungsmini-

sterium bezahlt.

Um die Militärausgaben auf dem jetzigen Stand zu halten, muss jeder Mensch in seinem Leben 3 bis 4 Jahreseinkommen dem Rüstungswettlauf opfern; denn die Militärausgaben der Welt haben sich zwischen 1960 und 1980 durch Anstieg und Teuerung auf den Rekordbetrag von einer Billion Schweizerfranken (1000 Milliarden) verdoppelt.



Die industrialisierten Länder geben 20 mal mehr Geld für ihre Ausrüstung aus als für die Entwicklungszusammenarbeit. Der Anteil der Dritten Welt an den Militärausgaben erhöhte sich seit 1971 von 9 auf 16 %. Um den Preis eines Kampfflugzeuges könnte man 40'000 Dorfapotheken einrichten.

Besorgniserregend ist die Entwicklung im Bereich der Nuklearwaffen, sind diese heute doch eher für den Gebrauch als für die Abschreckung vor allem wegen ihrer Erstschlagfähigkeit geeignet.



## *Zur Erinnerung an Nice Monico*

Unsere liebe Genossin Nice Monico ist am 5. Juni im Alter von 59 Jahren an einem Herzversagen gestorben. Nice war in ihren jungen Jahren aktiv bei der sozialdemokratischen Jugend. Am Anfang der Fünfzigerjahre war sie eine der Gründerinnen der Vereinigung der sozialdemokratischen Frauen des Kantons Tessin.

Bei ihrer Mitarbeit bei der sozialdemokratischen Zeitung "Libera Stampa" kümmerte sie sich vorwiegend um Frauenprobleme und setzte

sich voll für das Frauenstimmrecht ein.

1969 gab Nice ihre journalistische Tätigkeit auf und wurde Halbtagssekretärin der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Tessin. Seither gab es keine regionale oder kantonale Veranstaltung, keine Sitzung der Geschäftsleitung bei der Nice nicht dabei gewesen wäre. In einer Zeit, wo die Spannungen innerhalb der Linksparteien gross waren, hat Nice mit ihrer Disponibilität, mit ihrer aufrichtigen Art dazu beigetragen, den Kontakt aufrechtzuerhalten. Sie ermöglichte so viele gemeinsame Aktionen. Dank ihrer Arbeit konnte die SP des Kantons Tessin ein Archiv über die Arbeiterbewegung im Kanton anlegen.

Nice setzte sich voll für die Partei ein. Trotzdem fand sie Zeit für viele andere wichtige Aktivitäten. Während zwei Legislaturperioden gehörte sie dem Gemeinderat von Lugano an. Sie war aktiv bei der Tessiner Konsumentinnenvereinigung und bemühte sich um die chilenischen Flüchtlinge. In der SPS war sie lange Zeit in der zentralen Geschäftsleitung, wo sie unter anderem eine Vielzahl von Dokumenten ins italienische übersetzte oder redigierte.

Ihr Weggang lässt eine grosse Lücke innerhalb der SP, in der Organisation der Partei. Ihr Sozialismus war durch zwei Prinzipien geprägt: Solidarität und Brüderlichkeit auf internationaler Ebene. Nice hat diese zwei Prinzipien ihr ganzes Leben lang stets befolgt. Wir, die wir das Glück hatten mit Nice zusammenzuarbeiten, werden sie in bester Erinnerung behalten.

Angelo Rossi

---

**LAY-OUT: MARA BAESCHLIN**